

Fachkonferenz

# Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten und Migrant\*innen

Dienstag, 5. November 2019

12:30 bis 17:30 Uhr

Landeshaus Kiel

Im Eiltempo wurden 2019 rechtliche Neuregelungen im Asyl- und Aufenthaltsrecht durch Bundestag und Bundesrat getrieben. Das Ergebnis verändert massiv die Rahmenbedingungen für Beschäftigung und Ausbildung der nach Schleswig-Holstein geflohenen Menschen und gleichzeitig die der Fachkräftezuwanderung.

Auf dieser Konferenz möchten wir Fachwissen zu den aufenthalts- und sozialrechtlichen Änderungen der Jahre 2019 und 2020 aufbereiten. Wir möchten gemeinsam mit Ihnen, mit Expert\*innen und Praktiker\*innen auf diese bundesrechtlichen Änderungen und die Landeserlasslage schauen und Rückschlüsse für unsere Situation und Arbeit in Schleswig-Holstein ziehen. Hierzu laden wir Sie herzlich ein.

## Mitwirkende:

- Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus Schleswig-Holstein, Kiel
- Dr. Michael Maier-Borst, Arbeitsstab der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Berlin
- Martin Link, Netzwerk „Mehr Land in Sicht!“/Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V., Kiel
- Norbert Grehl Schmitt, Steuerungsgruppe für das Bundes/ESF-Förderprogramm Integration für Asylsuchende und Flüchtlinge, Osnabrück
- André Schuster, Gemeinnützige Gesellschaft zur Unterstützung Asylsuchender (GGUA), Münster
- Susanne Bommarius, Agentur für Arbeit Flensburg
- Astrid Willer, Tabea von Riegen, Koordination Netzwerk „Alle an Bord!“, Kiel
- Constantin Bräunig, Netzwerk Unternehmen integrieren Flüchtlinge, Berlin

## Moderation:

- Catharina Nies, Referentin beim Landeszuwanderungsbeauftragten Schleswig-Holstein
- Özlem Erdem-Wulff, Koordinatorin Netzwerk Mehr Land in Sicht!"/Paritätischer Schleswig-Holstein

Anmeldung: fb@landtag.ltsh.de



Das Projekt „Mehr Land in Sicht! – Arbeit für Flüchtlinge in Schleswig-Holstein“ wird im Rahmen der „ESF Integrationsrichtlinie Bund“ im Handlungsschwerpunkt „Integration von Asylbewerber/-innen und Flüchtlingen (IvAF)“ durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales und den Europäischen Sozialfonds gefördert.



Zusammen.  
Zukunft.  
Gestalten.